

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung 08.03.2021



E/34 - 2016/2021 -

Beginn: 20:00 Uhr
Ende: 22:00 Uhr

Vorsitz:

Stadtverordnetenvorsteher Pellilli, Angelo SPD

Anwesend:

stellv. Stadtverordneten-vorsteher	Becker, Wolfgang	CDU
stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Gabriel, Steffen	SPD
Stadtverordnete	Alcocer-Maestre, Julia	CDU
Stadtverordnete	Bruttger, Inge	B90/Grüne
Stadtverordneter	Demir, Malik	SPD
Stadtverordneter	Eisenmann, Michael	SPD
Stadtverordneter	Erdogan, Kadir	SPD
Stadtverordneter	Evdokiou, Christos	SPD
Stadtverordnete	Frost, Sabine	SPD
Stadtverordneter	Ghazi, Mohammed	SPD
Stadtverordneter	Gluch, Michael	SPD
Stadtverordneter	Güler, Fatih	SPD
Stadtverordneter	Hartmann, Hans-Joachim	FDP
Stadtverordneter	Jehle, Ekkehard	CDU
Stadtverordneter	Kissel, Luca	CDU
Stadtverordnete	Kollmann, Elke	CDU
Stadtverordneter	Lahm, Gernot	B90/Grüne
Stadtverordnete	Latsch, Birgid	FDP
Stadtverordnete	Lubbe, Marianne	CDU
Stadtverordnete	Medjouti, Sarah	SPD
Stadtverordnete	Michel, Sabine	SPD
Stadtverordneter	Müller, Niels Hartwig	FDP
Stadtverordnete	Ouariach, Loubna	SPD
Stadtverordneter	Rendel, David	SPD
Stadtverordneter	Salur, Muhittin	SPD
Stadtverordneter	Tanner, Serdar	SPD
Stadtverordneter	Teppich, Stefan	CDU
Stadtverordnete	Williams, Martina	B90/Grüne

Entschuldigt:

Stadtverordneter	Avraam, Konstantinos	abwesend	B90/Grüne
Stadtverordnete	Rizzo, Svitlana	abwesend	SPD

Magistrat:

Bürgermeister	Jühe, Thomas	SPD
Erste Stadträtin / Dezer- nentin	Herberich, Dorothee	SPD
Stadtrat	Belser, Ulrich	SPD
Stadtrat	Dima, Cesare	SPD
Stadtrat / Dezernent	Jenal, Kurt	SPD
Stadtrat	Müller, Otto	CDU
Stadtrat	Schalle, Volker	B90/Grüne
Stadtrat	van Loon, Adrianus	FDP

Entschuldigt:

Niederschrift 34. Sitzung

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
08.03.2021



E/34 - 2016/2021 -

Verwaltung:

Schriftführerin Heidenreich, Mareike
FB III Herr Laubscheer
FB II Herr Suerken

Gäste/Sonstige:

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
08.03.2021



E/34 - 2016/2021 -

Stadtverordnetenvorsteher Angelo Pellilli eröffnet die Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung um 20:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig ist. Es erfolgt der Hinweis, dass die Sitzung zu Protokollzwecken aufgezeichnet wird. Einwände hiergegen gibt es keine. Im Bürgersaal des Rathauses nehmen 15 Personen an der öffentlichen Sitzung teil. Diese wird dort auf die Leinwand übertragen. Während des Redebeitrags der SPD wird von dieser ein Resolutionsantrag zur DS 2020-828 als Tischvorlage verteilt.

öffentlicher Sitzungsteil

1. Maßnahmen zum ruhenden Verkehr inklusive Parkausweis (Mobilitätskonzept)

nicht-öffentlicher Sitzungsteil

Sitzungsverlauf

öffentlicher Sitzungsteil

1. **Maßnahmen zum ruhenden Verkehr inklusive Parkausweis (Mobilitätskonzept)**

Das Bündnis 90/Die Grünen und Ihre Unterstützer haben gem. § 9 Geschäftsordnung der STV beantragt, unverzüglich eine Stadtverordnetenversammlung zu oben genanntem Thema einzuberufen. Die Grünen erklären den Grund für die Sondersitzung damit, dass die einst mit der Druckvorlage 2020-828 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Straßenzüge eigenmächtig und ohne weitere Beratung / Beschluss oder Information der Stadtverordnetenversammlung durch die Verwaltung abgeändert worden ist. Auch stimmten die Straßenzüge mit dem Grundsatzbeschluss 2020-620 nicht überein.

Die FDP schließt sich den Grünen an und bezeichnen die durch die Korrektur der Verwaltung neu eingefügten Straßenzüge „An der Lache“ als überraschend. Die Lösung der FDP sieht wie folgt aus: Der BGM teilt mit, er sei über das Ziel hinausgeschossen, übernehme die Verantwortung und alles andere werde dann nach der Wahl in einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen besprochen.

Die SPD-Fraktion fasst die Geschehnisse der Vergangenheit ebenfalls noch einmal ausführlich zusammen und weist gleichzeitig auf den Resolutionsantrag zur Drucksache 2020-828 hin. Sie erläutert, dass die Drucksache 2020-828 einen IST-Zustand dargestellt habe, nun aber nicht mehr aktuell sei. Seitens der Verwaltung wurden Rückmeldungen der Bürger*Innen und der Straßenverkehrsbehörde bedacht und in eine Änderungsplanung integriert. Dadurch seien Straßenzüge ohne Abstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung angepasst worden. Dies sei geschehen, um eine rechtssichere Vorlage zu haben.

Die SPD weist daraufhin, dass die STV heute keine verbindliche Entscheidung treffen müsse, sondern erst nach der Erprobungsphase Ende April 2021 abschließend entscheide. Dann würde es eine neue Druckvorlage inklusive einer Satzung zum Bürgerparkausweis geben, die auch veröffentlicht werden würde. Über diese neue Vorlage mit den dann geltenden Straßenzügen werde die STV gemeinsam abstimmen. Die SPD hebt abschließend die Intention der Vorlage hervor, die alle Fraktionen für gut befunden haben und plädiert dafür, den Weg weiter fortzuschreiten, in die Erprobungsphase zu gehen und in einer der kommenden Sitzungen abschließend zu entscheiden.

Die SPD-Fraktion rügt das formale Vorgehen von Bürgermeister und Verwaltung, kann dieses aber inhaltlich uneingeschränkt nachvollziehen.

Die FDP-Fraktion bedankt sich für den gelungenen Resolutionsantrag, möchte ihn unterstützen und ist auch mit dem geplanten weiteren Vorgehen einverstanden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehen auch weiter hinter der beschlossenen Vorlage, auch wenn durch die Änderung der Parkzonen unabgestimmt Verwirrung gestiftet worden sei.

Die CDU-Fraktion zeigt sich enttäuscht über das Vorgehen der Verwaltung und hält die Sondersitzung für verzichtbar, wenn auf E-Mail-Anfragen der CDU-Fraktion bedarfsgerecht geantwortet worden wäre. Sie wünschen sich eine offensivere Informationspolitik.

Herr Jühe nimmt zu den Vorwürfen Stellung und weist die Vorwürfe des Durchregierens zurück. Er weist darauf hin, dass es für den Bürgerparkausweis keine Blaupause gebe und das Vorgehen aktuell einzigartig sei. Den Bewohner*Innen entstünden umfänglich Vorteile durch den Bürgerparkausweis, entsprechend sei man Anregungen von diesen auch gefolgt.

Ende Februar seien alle Planungsfäden zusammengelaufen. Dabei wurden Anpassungserfordernisse sichtbar.

Erst nach der Korrektur soll die finale Satzung durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen und veröffentlicht werden. Eine Entmachtung des Stadtparlaments finde durch die Vorgehensweise selbstverständlich nicht statt.

Den Vorwurf zur fehlenden Kommunikation nimmt er an und gibt zu es versäumt zu haben, über die Entwicklungen schnell genug zu informieren.

Er stellt sich ausdrücklich vor die Mitarbeiter der Verwaltung und bittet die Formulierung in Punkt 1 des Resolutionsantrags wie folgt zu ändern: *„Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die Vorgehensweise von Bürgermeister und Verwaltung des Bürgermeisters, selbständig relevante Umsetzungsinhalte...“* Über den Resolutionsantrag wird zum Schluss der Sitzung in der abgeänderten Fassung abgestimmt.

Ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung bittet darum, zukünftig direkt kontaktiert zu werden und nicht Facebook als Medium zu nutzen.

Die SPD-Fraktion stellt fest, dass es eigentlich in der Sache keinen Dissens gebe und die Fraktionen bezüglich der Punkte 1-3 des Resolutionsantrags alle mehr oder weniger einer Meinung seien. Es wird vorgeschlagen, den Resolutionsantrag als gemeinsamen Antrag des Parlaments zu sehen.

Die CDU macht den Vorschlag, auf Basis des alten Parkzonenplans in die Erprobungsphase zu gehen, das Wohngebiet „An der Lache“ außen vor zu lassen und die Ludwigstraße als 4h-Parkzone auszuweisen. Herr Jühe bittet darum, mit den neuen Parkzonen in die Erprobungsphase zu gehen, weil diese auf plausibler Grundlage ermittelt wurden.

Die Sitzung wird zur internen Beratung von 21:30 -21:35 Uhr unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung äußert sich die Fraktion Bündnis90/Die Grünen dahingehend, dass sie den Bürgerparkausweis als ein wichtiges Grundmodell ansähen, um den Parkdruck zu beseitigen und zeigen sich mit der Erprobungsphase bis zum 30.04.2021 einverstanden. Sie weisen abschließend noch darauf hin, dass das Problem mit den Urlaubsparkern pandemiebedingt aktuell nicht absehbar sei und es eine ständige Weiterentwicklung geben werde, über die das Parlament zu informieren sei.

Die CDU-Fraktion teilt mit, sich zu dem Resolutionsantrag zu enthalten. Es habe keine Zeit zur Prüfung des Resolutionsantrages gegeben. Das Vorlegen eines Resolutionsantrages in der Sitzung sei bereits zu einem früheren Zeitpunkt kritisch bewertet worden.

Das Ergebnis der Sondersitzung ist, dass das Vorhaben Bürgerparkausweis weiterverfolgt werden soll und mit dem neuen Plan in die Erprobungsphase gegangen wird.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die Vorgehensweise des Bürgermeisters, selbständig relevante Umsetzungsinhalte der DS verändert zu haben, diesen Prozess aber nicht in notwendigem Umfang dem Stadtparlament kommuniziert zu haben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich grundsätzlich für das in der DS geplante Vorhaben eines Bürgerparkausweises und der Einrichtung von Parkzonen aus und anerkennt, dass die Veränderung einzelner Inhalte durch die Verwaltung einer optimierten und notwendigen Umsetzung diene und damit der Intention der DS im Sinne der Stadtverordnetenversammlung entsprach.
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass die relevanten Veränderungen der Umsetzungsinhalte den Stadtverordneten erläutert werden und diese darüber beraten

PROTOKOLL

Stadtverordnetenversammlung
08.03.2021



E/34 - 2016/2021 -

können.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 8 Enthaltungen (7 CDU + 1 Grüne)

nicht-öffentlicher Sitzungsteil

Angelo Pellilli
(Stadtverordnetenvorsteher)

Mareike Heidenreich
(Schriftführerin)